

Volksrecht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstellen, Altkönigsplatz Nr. 11, Wollschloßstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Verkaufspreis im voraus zu entrichten monatlich 6,00 Goldmark, monatlich 1,00 Goldmark. Bei Bezahlung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlegerin und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2
Verantwortl. Redaktionsstelle: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dresden Nr. 5352.

Anzeigenpreis: In der ersten Spalte 10 Pf. pro Zeile für 10 Tage, in der zweiten 8 Pf., in der dritten 6 Pf., in der vierten 4 Pf., in der fünften 3 Pf., in der sechsten 2 Pf., in der siebten 1 Pf., in der achten 1/2 Pf., in der neunten 1/3 Pf., in der zehnten 1/4 Pf. pro Zeile für 10 Tage. Bei längerer Dauer des Anzeigenauftrags sind besondere Abmachungen zu treffen. Die Anzeigen sind in der Expedition Kurze Straße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abzugeben.

Macdonalds Programm.

Der Aufstieg der englischen Arbeiterpartei.

Ein führender Genosse schreibt uns:

Das war diesmal eine andere Rede, die die aufstrebende Welt vernahm, als Genosse Macdonald, Führer der Arbeiterpartei und kürzlicher Erster Minister des englischen Reiches, am Dienstag in der Albert Hall in London vor zehntausend Menschen sprach, während draußen große Massen harrten, die keinen Einlaß fanden. Eine andere Rede und vor allem ein anderer Geist als der in den immer wiederholten Hahngesängen Poincarés. Es ist deshalb schon in Ordnung, wenn gerade die französischen Zeitungen mit Bosheit und übler Laune über diese Rede herfallen. „Jugendliche Leute mit unreifen Ideen“, höhnt ein Organ der französischen Reaktion. Und in der Tat, Jugend spricht aus den Worten Macdonalds trotz seiner in einem Leben voll Kampf und Arbeit gebleichten Haare, jugendliche Energie, jugendliche Zuversicht. Und Ideen wohnen in diesem Kopfe. Statt des Portemonnaies, das der Pariser Finanzier, der deutsche Schwerindustrie oder der Londoner Jobber und seine politischen Repräsentanten dort zu tragen pflegen. Daß diese Ideen aber bald reifen werden, dafür bürgt die Stärke und der unaufhaltsame Aufstieg der englischen Arbeiterpartei.

Macdonalds Rede ist durch ihren reichen Inhalt ausgezeichnet. Was ihr hinreichender Schwung selbst beim Lesen der ersten dürftigen Vertäts gibt, ist der andere Ton, der hier erklingt, ist, daß sie sich tragen läßt von sittlichem Ernst und hohem Idealismus. „Die Arbeiterpartei ist eine Partei von Idealisten, die an eine bessere und vollendetere Organisation denkt, auf die sie langsam wie ein Wälder zuwandern werde. Die Arbeiterpartei hat sich nicht danach gekümmert, als Erbin einer furchterlichen Katastrophenspolitik die Macht zu übernehmen. Aber ihr Verantwortungsgefühl zwingt sie dazu, um Schritt für Schritt an der Beseitigung der Uebel, die die Massen Englands und der Welt heute bedrücken, arbeiten zu können.“

Das klingt nun freilich anders als das Interessenten-gerede, das Feilschen und Handeln, das hinter den verlegenen Phrasen kaum versteht, in den üblichen Reden der Staatsmänner und Politiker zum Vorschein kommt. Es ist die große Idee des sozialen Fortschritts und Aufstiegs, verbunden mit einer Verbesserung der internationalen Organisation der Beziehungen der Völker, die Macdonald proklamiert, nicht als fernes Ideal, sondern als praktischen Inhalt der Politik des mächtigsten Reiches, dessen Geschick der Redner in wenigen Wochen bestimmen wird.

Verbesserung der internationalen Organisation! „In allen Hauptstädten lagert heute glühende Asche, die, durch einen plötzlichen Wind aufgejagt, Europa wieder in Flammen setzen kann. Wir treten in die Regierung, um diese glühende Asche überall auszutreten und ob wir sechs Monate oder sechs Jahre im Amt bleiben, so soll es in keiner Ecke Europas mehr Feuer geben, das zu einer neuen Flamme entfacht werden und die alte Welt in einem neuen Kriege verbrennen könnte.“

Macdonald vertritt keine Politik der Feindschaft gegen Frankreich. Er appelliert an die demokratischen Kräfte dieses Landes, um die Gegensätze zu beseitigen und zu einem Einvernehmen zu gelangen. Einvernehmen mit den früheren Verbündeten, mit den Staaten der Kleinen Entente, aber ebenso Verständigung mit Rußland, mit Deutschland und allen anderen Völkern. Als ein Mittel der Friedenspolitik soll der Völkerbund, vervollständigt durch den Eintritt Deutschlands, Rußlands und der Vereinigten Staaten, die Bedingungen für den internationalen Frieden und für die Beseitigung des Weltfriedens schaffen helfen. Macdonald richtet deshalb einen energiegelanten Aufruf an alle moralisch müssigen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte, die Friedenspolitik der englischen Arbeiterpartei zu unterstützen.

In diesen außenpolitischen Darlegungen verbindet sich realistisch mit dem idealen Streben das glückliche. Der englische Arbeiterführer will inmitten der Gegensätze der europäischen Machtpolitik nicht England allein seiner Macht entfalten, aber er will die Macht des Weltfriedens in den Dienst einer

Befriedung Europas stellen. Wir stimmen ihm vollständig zu, wenn er den Gegensatz zu Frankreich nicht vertiefen, sondern zu beseitigen strebt. Dieser Gegensatz ist keine Hoffnung für Deutschland, sondern vielmehr ein Hindernis für die Lösung des Reparationsproblems. Wir stimmen ihm auch darin völlig bei, daß er im Völkerbund den Anfang einer möglichen überstaatlichen Organisation erblickt und wir glauben, daß die deutsche Regierung Klug daran tun wird, sich mit dem Problem des Eintritts in den Völkerbund ernsthafter als bisher zu beschäftigen.

Von den Problemen der inneren Politik steht für Macdonald das der Arbeitslosigkeit in erster Linie. Im Gegensatz zu der Wirtschaftspolitik der deutschen Schwerindustrie, die durch die Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit mehrt und durch den Abbau der Löhne den inneren Markt verengt, erblickt er die Ursache der Wirtschaftskrise in der Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen. Im Unterschied von den bisherigen Regierungen will die Arbeiterregierung die Arbeitslosenfrage vom rein menschlichen und nicht vom Lohnstandpunkt aus anfassen. Ein Kreuzweg werde unternommen werden, um Häuser zu bekommen, bis das ganze Volk wieder menschlich wohnen könne. Die Preispolitik der Kartelle und Trusts soll untersucht und ihren Preiserebieren entgegengetreten werden. Die Arbeiterregierung werde eine Politik treiben, die die Schäden wiedergutmachen werden, die der furchtbare Krieg und seine Folgen den Gemütern, der Erziehung, den Häusern und der Politik zugefügt haben.

Die Rede ist von den Zuhörern mit Begeisterung aufgenommen worden, sie wird aber auch von dem größten Teil der Londoner Presse als eine große politische Leistung anerkannt. Ein liberales Blatt meint, die Rede beweise, wieviel die Arbeiterpartei gelernt habe. Sie werde nicht lauen, bevor sie nicht sitzen könne. Und wirklich hat diese Rede bewiesen, daß die Arbeiterpartei es versteht, festen Grund für ihre Politik zu schaffen. Sie wird die wichtigsten inneren und äußeren Aufgaben, die die Arbeiterpartei am meisten bedrücken, mit harter Hand anpacken, sie tut es aber in einem Geiste, der die großen künftigen Ziele der Partei nie aus dem Auge verliert. Unendlich schwer ist die Aufgabe, vor die unsere Freunde in England gestellt sind. Sie verfügen im Parlament nur über eine Minorität, ihr Recht nicht nur die mächtigste und in der Herrschaft geschulteste, sondern auch die klügste Bourgeoisie der Welt gegenüber. Aber die erste große programmatische Kundgebung zeigt die Arbeiterpartei Freund und Feind als Ebenbürtigen und so dürfen wir hoffen, daß die schwere Last der Verantwortung auf starken Schultern ruht.

Jedenfalls hat diese Rede den Anstrengungen namentlich der City, eine Regierung der Arbeiterpartei zu verhindern, ein Ende gemacht und es scheint jetzt sicher, daß die Regierung Baldwin bald nach dem Zusammentritt des englischen Unterhauses am 16. Januar durch ein Ministrenaustausch der Arbeiterpartei gestürzt wird, für das auch die Liberalen stimmen werden. Was vor zehn Jahren niemand für möglich gehalten hätte, wird dann Tatsache sein: das klassische Reich des Kapitalismus wird regiert werden vom Proletariat.

Die französisch-belgische Antwort

wird dem deutschen Geschäftsjäger in Paris am Freitag überreicht werden.

Heute Wiederbeginn der alliierten Militärkontrolle.

Von amtlicher Seite erfahren wir: Die alliierte Militärkontrollkommission in Berlin wird ihre Tätigkeit mit einer Reihe von Kontrollen wieder aufnehmen, die in mehreren Städten des Reiches am Donnerstag und Sonnabend durchgeführt werden. Die Besuche der kontrollierenden britischen Offiziere sind auch einigen militärischen Kommandobehörden gestattet. Die Kontrollen betreffen die Durchführung der Kontrollen in den Städten und den Gebieten, die von den alliierten Streitkräften besetzt sind. Die Kontrollen werden in den nächsten Tagen in allen besetzten Gebieten durchgeführt werden.

Ein deutsches Völkerbundsprogramm.

Von Dr. Hans Wehberg (Berlin).

Die Mahnungen, die der bekannte Völkerrechtler hier nach Genf und nach Berlin richtet, gewinnen durch das Völkerbundsprogramm Macdonalds und den bevorstehenden Amtsantritt der englischen Arbeiterregierung besondere politische Bedeutung.

Am 10. Januar 1924 tritt der Völkerbund in sein fünftes Lebensjahr ein. Daß er die Hoffnungen derer, die viel von ihm erwarteten, nicht erfüllt hat, unterliegt keinem Zweifel. Sein Stillstehen angesichts der gewaltigen Probleme, deren Lösung das leidende Europa in erster Linie erwartet, kann zwar aus seiner politischen Ohnmacht heraus verstanden, aber nicht entschuldigt werden. Wenn die in Versailles verammelten Mächte weiterstreben wollten, einmal die Befreiung von Frankreich erstrebte dauernde Unterwerfung Deutschlands, dann aber den von Wilson erhobenen Bund der Völker, so scheint es im Augenblicke so, als sei zwar das erste Ziel erreicht, das zweite aber bisher vergebens erstrebt worden. Dieses Urteil kann jedoch nur ein vorläufiges sein. Für die Zukunft fragt es sich, ob die Ohnmacht Deutschlands wie diejenige des Völkerbundes weiter bestehen und ob die große Idee des Friedens sowie der Gleichberechtigung aller Völker nicht doch den endlichen Sieg davontragen wird. Wir glauben trotz aller Enttäuschungen an den allmählichen Sieg der Vernunft, und wir betonen, daß der Sieg der Völkerbunds-idee keineswegs allein von den Gegnern Deutschlands und dem Völkerbunde abhängt, sondern von der Haltung jedes einzelnen Volkes, das berufen ist, an dem Fortschritte der Menschheit mitzuarbeiten. Auch das deutsche Volk hat große Aufgaben auf diesem Gebiete.

Was kann das deutsche Volk tun, um den Gedanken des Genfer Bundes zu fördern? Noch einmal müssen wir, obwohl die beste Stunde 1921 und 1922 bereits verpaßt wurde, daran erinnern, daß Deutschland so schnell wie möglich, also nunmehr zur fünften Bundesversammlung im Herbst 1924, den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund stellen sollte. Voraussetzung muß allerdings sein, daß von Frankreich kein entscheidender Widerspruch verkündet wird. Deutschland soll den Eintritt an feineren Bedingungen knüpfen, in der Ueberzeugung, daß es bald ganz von selbst den erforderlichen Einfluß, insbesondere einen Sitz im Völkerbundsrat, erhält, wenn es nur aufrichtig an dem Völkerbunde mitarbeitet und zu den Genfer Verhandlungen andere Wortführer als vereinst nach dem Haag entsendet. (Vgl. meine Schrift: „Deutschland und der Genfer Völkerbund“, Leipzig 1923, Ernst Döberner, H.S.) Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde den ersten Schritt zur Universalität des Völkerbundes bedeuten.

Erklärt Deutschland bedingungslos seinen Willen zur Mitarbeit an dem Völkerbunde, so dürfen die von ihm vertretenen Reformen die Unterzeichnung zahlreicher Völkerbundsmitglieder finden. Was ist nun die erste und wichtigste Forderung, die man als warmer Anhänger des Völkerbundes für die nächste Zukunft erheben muß? Kein Zweifel, daß in allererster Linie eine Neugestaltung der Regierungskommission in Frankreich des Saargebietes zu verlangen ist. Die Zusammenlegung dieser Kommission mit einem französischen Präsidenten, bedeutet einen Wandel des Verhältnisses zwischen Frankreich und dem Völkerbunde. Denn die Regierungskommission war ursprünglich eine Art Schiedsgerichtsstanz zwischen Deutschland und Frankreich für Saarstreitigkeiten gedacht, wurde aber mit einer viel umfassenderen Tätigkeit ausstattet, aber auch weiterhin mit der schiedsrichterlichen Befugnis deutsch-französischer Meinungsverschiedenheiten über das Saargebiet beauftragt. Wie der Völkerbund jetzt eine solche, mit schiedsrichterlicher Funktion ausgestattete Kommission in einer Weise zusammenfassen kann, das die Regierungskommission unter einem französischen Präsidenten in hohem Maße französischen Einflüsse untersteht, ist eine der bedauerlichsten Unzulänglichkeiten, die der Völkerbund bisher bedrückt hat. Es herrscht außerordentlich allgemein, daß der Völkerbund im vorigen Jahre die Saarkommission nicht zur Verantwortung vor ein Forum ziehen konnte, weil in Wahrheit kein Mitglied der Völkerbundskommission immer wieder den französischen Kommissar zum Vorkommen nannte, für die Vorgänge im Saargebiet verantwortlich ist.

Wie steht es ferner mit der Kommission für die Verwaltung des Saargebietes? Auch sie ist ein Produkt der Genfer Verhandlungen. Genf hat die Verwaltung des Saargebietes

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten

Die Reichsindexziffer (Lebenshaltungskosten) beträgt nach Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für November, den Monat, das 1.186 Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Ziffer erreichte am 26. November 1923 mit 100 000 000 ihren höchsten Stand. Bis zum 22. Dezember in merklicher Rückgang auf 1 150 000 000 000 ein, der sich in der Woche bis zum 29. Dezember verringerte. Für den Dezember wurden 1 147 000 000 000 berechnet. Danach beträgt der Rückgang nur 0,3 Prozent, was den vollständigen Stand des Preisabwärtens bedeutet. In der Woche vom 2. Dezember bis 7. Januar hat sich der Rückgang prozentual auf 1,5 Prozent erhöht.

Die Preise im Holzhandel

Die endlich sinkende Tendenz annehmen zu wollen. Auf der Basis in Inzidenz wurden nur 89-87,5 Prozent der Grundpreise (16-27 Goldmark pro Kubikmeter) und in nur 65 Prozent der monatlichen Läge geboten. In Oberbayern war allgemein ein merklicher Rückgang der Holzpreise. In Passau wurde angehts des niedrigen Angebotes Späße von Holz verweigert.

Vom proletarischen Kinderelend.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht aus dem Ergebnis einer Umfrage bei den Oberbürgermeistern der großen deutschen Städte, aus denen hervorgeht, daß von der gegenwärtigen Lage der Kinder trotz der gerade für sie im Ausland durchgeführten Hilfswerke am schwersten getroffen in Preußen waren von den Kindern, die früh zur Schule gehen. Gegen 700 überhaupt noch nichts gegessen. Das Frühstück seit bei den meisten vollständig. Täglich ein Kind ein Hungergefühl in der Schule. In der ärztlichen Untersuchung in ihrer Volksschule, die noch keinen Dresden gebürtig, etwa 1/3, daß von 1200 Kindern hochgradiger Mangel an Ernährung. In Preußen sind von 7350 Kindern: 8900 schwer unterernährt, 1/3 sind 9 Prozent aller Schulkinder den ganzen ohne warmes Essen auskommen. Von 1280 Schülern in Koblenz wiegen 144 Krassen und 88 Mäßigen Zeichen mangelhaft aus. Während in München 1912 von 711 unterernährten Kindern 26 tuberkulös waren, betrug der Prozentanteil 7,8. In ganz Deutschland sind die Tuberkulosefälle für Kinder und Erwachsene über 100. In Preußen konnten schon seit Monaten lange nicht alle Patienten ein eigenes Bett bekommen. In Preußen hatten von 1288 Schülern 108 kein eigenes Bett. In 68 Schlafstätten schliefen je 6 Personen, in 30 Schlafstätten je 7, in 10 Schlafstätten je 8, in 5 Schlafstätten je 9 und in einem sogar 10. In einem Fall hatten Kinder in zwei Zimmern mit vier Betten, in einem anderen Zimmern in zwei Zimmern mit zwei Betten.

Prozess gegen Hiltner und Sudendorff.

Sudendorff Reichstagslandwirt? München, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Infolge der Zahl der Angeklagten im Hiltnerprozeß — man hat jetzt über hundert — wird die Verteilung in zwei Verhandlungen durchgeführt werden. Zuerst kommen Hiltner des Hochverrats vom 8. November an die Reihe, es sich um neun Personen handeln soll, während den übrigen Mätklern der Prozeß später gemacht werden wird. Die Verteilung des Verfahrens wird es möglich sein, Prozeß gegen die Führer in München selbst durchführen trotz der politischen Bedenken, die dagegen sprechen. Der Termin ist in der noch nicht festgesetzt.

Republikanische Jugend für Reichseinheit und Achtstundentag.

Am Sonntag, den 6. Januar, in Berlin im „Reinhold“ fand eine Tagung von Vertretern sämtlicher Ortsgruppen der republikanischen Jugendbundes Schwarz-Gold statt. Die Beschlüsse der bayerischen Regierung zur Umwandlung der Reichsregierung in ein Ministerium der Fortschrittlichen. Die Jungrepublikaner wenden sich an die Öffentlichkeit gegen diesen Versuch der Herren Krilling und Genossen, das Reich wieder zum Kaiserreich zu machen, den Rest der Reichseinheit zu zerstören und unter der bayerischen Herrschaft zu legalisieren. Sie fordern als junge Menschen von der Reichsregierung die Maßnahmen zum Schutz der jugendlichen Arbeiter, die heute durch den 9. und 10-Stundentag in geistigen und körperlichen Ermüdung aus der Schule gehen. Wir rufen die deutsche Jugend auf, uns in Kampf zu unterstützen.

Wie die kommunistische Partei illegal arbeitet.

Die Art und Weise, wie die kommunistische Partei in Deutschland trotz ihres Verbots auf illegalem Wege ihre Geschäfte und ihre weitere Tätigkeit geleitet hat, geht aus einer Mitteilung des in Amsterdam bestehenden Direktoriums der kommunistischen Partei an die bisherigen Unterredakteure hervor. Die Berliner Korrespondenz im Wortlaut veröffentlicht. Sie besteht die Leitung aus einem Direktorium von drei Personen in den Arbeitsstellen „engere Leitungen“ einstellt, bereits leitende Komitees in den Ortsgruppen und Zellen ernannt. Militärische Disziplin wird unter allen Umständen gefordert. Das Direktorium bestimmt außerdem ein zentralisiertes Komitee zur Leitung der Geschäfte. Der Aktionsplan enthält eingehende Anweisungen über den Dienst, literarische Arbeit in den Betrieben durch Anweisung von Kulturarbeitern (Operatoren, Schreiner, etc.), Anschlag von Plakaten und Kleberzetteln für Verlautbarung. In der Anweisung heißt es: „Bei jeder Sitzung des zentralen Komitees muß mit einem der roten Terroristen erwidert werden. Das Verhältnis zwischen dem zentralen Komitee und den Betrieben muß hergestellt werden. Die zentralen Komitees müssen verstärkt werden. Die Anweisung ist genau nach den Wochenstunden geregelt. Die Anweisung ist mit dem Satz: „Nicht durch Streiks und Demonstrationen, sondern durch die heiligen Wirtschaftskämpfe zu erreichen, nur durch Demonstrationen wird dieses erreicht.“

Es fördert diese Soldatenpielerei ist, deren „Geheimnis“ durch Spittel offenbar besser bekannt ist als durch die Mittelkämpfe — durch die die Spielereien nicht austreten, sondern nur unter der Hand. Mit dem Ausnahmezustand muß auch der Verbot fallen, weil die deutsche Arbeiterklasse militärischen Kinderelend um so einseitiger abzubauen, je weniger man sie dabei beschuldigt.

Der Demokratenführer Dr. Carl Petersen Leiter Bürgermeisterei von Hamburg.

Bei der Hamburger Bürgermeistereiwahl wählte der Senat Dr. Carl Petersen, Demokrat, zum Bürgermeister und zum Präsidenten des Senats. Die Übernahme seines neuen Amtes zwingt ihn zur Niederlegung des Reichstagsmandats und des Vorsitzes der Demokratischen Partei. Nach dem Wahlerfolg von 1920 wird Petersen Nachfolger im Reichstag der Gewerbetreibende Johanness Bill.

Zusammenschluß von Demokraten und Volkspartei im Saargebiet.

Im Saargebiet haben die Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei, die beide nicht sehr stark vertreten sind, jetzt eine Vereinigung vorgenommen. Die neue Partei nennt sich „Deutsch-Saarländische Vereinigung“.

Parteigenossen und -Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Frage der Nachtarbeit der Bäcker

Schreibt uns Genosse Herrn Müller-Breslau einen längeren Artikel, dem wir folgende Argumente gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit entnehmen: „Die Bestirner der Wiedereinführung der Nachtarbeit operieren damit, daß in den Bäckereien, wo die Defen von abends 10 bis früh 6 Uhr außer Betrieb gesetzt, ertaltet sind, die Feuerbeheizung die Betriebskosten vergrößert, daß dadurch eine Verbilligung des Brotes unmöglich sei. Eine Brotverbilligung wird — in Aussicht gestellt — nicht garantiert, sowie die Bäckerarbeiter wieder in der Nacht arbeiten. Volkswirtschaftliche Gründe lassen die Arbeiterjugendgeheimnisse, daß die minimalen Kosten der Neubehaltung der Defen nach der Nachtarbeit durch den ungeheuren Lichtverbrauch während der Nachtarbeit und anderer mehr vollkommen ausgeschaltet werden. Eine Berechnung in einer größeren Konsumbäckerei ergab, daß 1913 für Licht 7038,94 Mark, dagegen 1915 (mit keine Nachtarbeit war) nur 2415,88 Mark ausgegeben, mithin eine Ersparnis von 4623,06 Mark erzielt wurde. Diese Ersparnis bei Ausschaltung der Nachtarbeit ist nicht der einzige Faktor. Bei der Lagerarbeit ist eine bessere Betriebskontrolle, eine fortgesetzte Arbeitsleistung möglich. Geplant wird auch an Aufzuchtspersonal. Eigenartig ist es, daß vor Jahrzehnten manche Genossenschaft ihre Bäckerei 8 Stunden außer Betrieb setzte, den Rest für eine großzügige Produktion mißsen und trotzdem die Defen in der Nacht arbeiten ließ. Diejenigen Genossenschaften hingegen, die dem Fortschritt auch in sozialer Hinsicht halbsichtig, haben rechtzeitig Betriebsveränderungen, sowie Produktionsumstellungen vorgenommen, ferner bedürft, daß die anfänglich gekochten Opfer in der Folgezeit wieder ausgemergelt wurden. Daß ausgerechnet in diesem Jahre wieder der Ruf nach der Nachtarbeit ertönt, ist bezeichnend. Im Vorjahr wurde die Nachtarbeit gefordert wegen der Kohlenknappheit. Von Kohlenknappheit kann jetzt keine Rede sein und wäre es schon so, wo bleibt alsdann der Kohlenverbrauch für die Lichtenergie?“

Bereits 1910 forderte Dr. Koch-Frankfurt a. M. die Beilegung der Nachtarbeit wegen der minderwertigen Produktion und der Berufsarbeit. Nur Spekulant haben vor Jahrhunderten die Nachtarbeit eingeführt. Als Sozialisten haben wir bessere Aufgaben, als den modernen Spekulanten Vorparadien zu leisten. Die Basis des Klassenkampfes wird keineswegs erweitert, wenn der Profitier zuliebe Arbeiterjugendgeheimnisse beilegt werden. Nicht den Konsumvereinen allein soll die Nachtarbeit gestattet sein, sondern auch den reaktionären Brotfabrikanten. Geht der Fall, die Nachtarbeit gelangt zur Einführung, so wird die Parteigenossenschaft nur zu schnell gewahrt werden, daß das Brot auch nicht ein Deut billiger wird.“

Dazu geht uns von genossenschaftlicher Seite eine Zuschrift zu, aus der wir folgende kritische Bemerkungen für beachtenswert halten: „Die schweren gewerkschaftlichen Bedenken, die gegen die Aufhebung des Nachtbrotverbotes in den Bäckereibetrieben sprechen, sind durchaus nicht zu verkennen. Die organisierten Bäckerzweige haben deren Bekämpfung beabsichtigt einen Rückfall in jene Zeit, wo die Bäcker nicht nur Tag und Nacht, sondern obenrein an sieben Tagen in der Woche 12 und mehr Stunden täglich beschäftigt wurden.“

Wir halten diese Begründung für grundlos, da die geforderte Aufhebung des Nachtbrotverbotes sich nur auf Bäckereigrößbetriebe mit mindestens 12 Beschäftigten erstrecken soll, wenn die kontinuierliche Arbeitszeit (3 mal 8 Stunden) gewährleistet ist und nur 2 Schichten gebildet werden. Das darf nicht verwechselt werden! Genosse Müller wird nicht nur jeden Gewerkschafter und Sozialdemokraten, sondern auch jeden Menschenfreund an seiner Seite finden, wenn es gilt, die vorläufigen Zustände von vor 1913 zu verhindern, die ja Bebel in seinem Buche „Zur Lage der Bäckereiarbeiter“ so trefflich schildert und die Volkswirtschaft bei Beratung der Interpellation über die Sozialverordnung vom 4. März 1896 beleuchtete.“

Was von den Konsumgenossenschaften gefordert wird, ist nichts anderes, als die wirtschaftliche und technische Ausstattung der Bäckereibetriebe zu ermöglichen. Das liegt im Interesse der Volkswirtschaft.“

Das, was Müller fordert, ist nichts anderes, als eine Ergänzung der Zwergbetriebe, deren Konzentration die Volkswirtschaft stärkt, wie der Bäckerverband in von ihm selbst vor 1914 herausgegebenen Broschüren darlegt. Von einer Nachtarbeit im eigentlichen Sinne des Wortes kann in hygienischen höchsten Betrieben gar keine Rede sein. Für die Konsumgenossenschaften kommt nicht nur die Unmöglichkeit der Ausübung ihrer Großbetriebe beim Nachtbrotverbot in Frage, sondern vor allem die Tatsache, daß fast ausnahmslos die kleinen Brot zur Befriedigung der Mitglieder in zwei Schichten (genau in 1/2 Schichten) nicht mehr hergestellt werden können und daher Lieferungsverträge mit Großbetriebebetrieben abgeschlossen werden müßten, was eine Stärkung der präkapitalistischen Betriebe bedeutet.“

Müller sagt, man soll die Betriebe erweitern. Daß heute das Bauen des Bäckereibetriebes, die Defen und Maschinen bedeutend mehr kosten, als vor 1914 und daß überall größter Mangel an Betriebskapital herrscht, meint er zu übersehen. Die angeführten Zahlen über Lichterparaten bewiesen gar nichts, schon aus dem Grunde, weil kein Ortsname angegeben und Rechnung ausgeschlossen ist. Wenn schon Zahlen verwendet werden sollen, müssen alle Rentabilitätskoeffizienten angegeben werden. Erst dann wird sich herausstellen, ob die angekündigte Verbilligung des Brotes durch die Aufhebung des Nachtbrotverbotes, die die Konsumgenossenschaften in Hamburg in einer Eingabe an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft so glänzend nachweisen, nur eine Behauptung ist.“

Bemerkung muß werden, daß der Bäckerverband mit seiner Ansicht allein steht. Der Ausschub des DGB hat die Forderungen der Konsumgenossenschaft nicht als berechtigt anerkannt, ebenso Parteivorstand und Reichsleitung.

Streik und Aussperrung in Oberschlesien.

Die ober-schlesischen Gewerkschaften haben ihre Unterstützung unter das Heberischenabkommen wegen angeblichen Mißbrauch durch die Unternehmer zurückgezogen. Die Gewerkschaften haben daraufhin inaktiver und achtungsbiger Arbeitszeit die Betriebe verfallen. Ober-schlesien hat demnach die Belegschaft ausgesperrt, Ober-schlesien steht droht mit Entlassungen. Die Regierung hat Ausnahmeverordnungen erlassen.

Die verspäteten und niedrigen Beamtenegehälter.

Das Januargehalt wird dem Beamten nach einer Mitteilung des „Reichsbeamtenegehälter“ in der zweiten Hälfte dieses Monats, am 14. Januar, ausgezahlt, während die erste Hälfte am 31. Dezember bzw. 2. Januar ausgezahlt wurde. Daß nach dem Weihnachtstest die Beamten auf die Auszahlung der Januargehälter gewartet haben, um zum Jahreswechsel sämtliche Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, braucht nicht besonders betont zu werden. Singulär ist, daß durch die seit Ende Dezember herrschende Kälte erhebliche Aufwendungen für Heizungsmaterial gemacht werden mußten. Es ist deshalb durchaus nicht verwunderlich, daß aus Reichs-, Landes- und Gemeindebeamtenkreisen, soweit sie den unteren und mittleren Gruppen angehören, bewegliche Klagen darüber laut werden, daß augenblicklich jegliche Barmittel fehlen, um die dringend notwendigen Haushaltskosten zu decken. Das ist nicht verwunderlich, zumal die sogenannten Gehälter weit unter dem Vorkriegsstand stehen, während die Haushaltskosten bedeutend über diesen Stand hinausgehen. Die Regierung sollte deshalb dem unzulässig vorhandenen Mißstand Rechnung tragen und die Auszahlung der Gehälter für Januar sofort reiflos oder in einer größeren Rate vornehmen.“

Metallarbeiterausperrung in Magdeburg.

Das in Berlin abgewehrte Bestreben der Metallindustriellen wird neuerdings von einzelnen Industriellen in größeren Provinzstädten fortgesetzt. So sind am Mittwoch in Magdeburg die Arbeiter mehrerer Metallbetriebe ausgesperrt worden, nachdem sich die Arbeiterchaft weigerte, die einseitigen Lohnsenkungen der Unternehmer anzuerkennen.

Zu den Differenzen im Buchdruckgewerbe.

Das Reichsarbeitsministerium hat die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes zu neuen Verhandlungen auf zentraler Grundlage auf heute Donnerstag eingeladen. Falls es zu keiner Einigung kommt, wird der Spruch eines Schiedsgerichts erfolgen. Die Breslauer Ortsleitung des Buchdruckerbundes erlaubt uns, hierzu mitzuteilen, daß der Kollegenrat Informationen über das Verhandlungsergebnis umgehendst gegeben werden.

Der Konflikt über die Arbeitszeit im Düsseldorf-Bezirk dauert nach der „Rheinischen Zeitung“ an. Die Ortsvereine des DGB, der UFA und des DDB, haben einen Aufruf zu einer Kundgebung auf dem Hindenburgwall und zu Entschuldigungen erlassen, die heute nachmittags stattfinden sollen. In dem Aufruf werden die in Arbeit stehenden aufgefordert, sich mit den ausgesperrten und Arbeitslosen solidarisch zu erklären und für ein Viertel ihres Arbeitsverdienstes zu opfern. Auch die Ortsvereine der Arbeitgeber hat einen Aufruf herausgegeben, der im wesentlichen eine Darlegung der Rechtslage enthält. Der Centralverband der Metallarbeiterverband, dessen Vertrauensmänner zu einer Versammlung zusammengetreten, ist unzufrieden und hat sich für die schließliche Arbeitszeit erklärt.

Streik im Kölner Transportgewerbe. In den Hauptstädten des Transportarbeiterverbandes, des Kohlenhandels, des Lebensmittelgroßhandels, der Hafen- und Landspedition sowie des Güterverkehrs haben nach der „Rheinischen Zeitung“ die Arbeiter in Düsseldorf einen Streik ausgerufen über die Löhne in den letzten Dezemberwochen abgelehnt und am Donnerstag die Arbeit niedergelegt. Der Verkehr in den genannten Gewerben ruht.

Ausperrung in den Mannesmann-Werken. Wie die „Rheinische Zeitung“ aus Düsseldorf meldet, hat die Leitung der Mannesmann-Röhrenwerke, Abteilung Schweißwerk, auf den Beschluß der freigewerkschaftlichen Metallarbeiter hin, nur acht Stunden zu arbeiten und dann die Arbeitsstelle zu verlassen, heute bekannt gegeben, unter diesen Umständen sei die Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes sowie eine wirtschaftliche Arbeit unmöglich gemacht. Die Leitung des Werkes habe sich daher gezwungen, den Betrieb vom 3. Januar an vollständig zu schließen und die gesamte Belegschaft fristlos zu entlassen. Auch die Vertreter des örtlichen und hiesigen Düsseldorf Metallarbeiterverbandes haben erklärt, daß sie sich dem Kampf der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter anschließen würden.

Stadt-Theater.

Klinger-Quartett. Die Klinger-Beranstaltung brachte diesmal Quartette von Dvorak, Verdi und Beethoven. Ueber die Ausführung ist nach der vor einiger Zeit erfolgten ausführlichen Besprechung nicht viel Neues zu sagen. Nachdem Karl Klinger sich mit seinen Mitspielern erst eingeleitet hatte, wurde alles, insbesondere der Lyrismus des Verdianen Quartetts und die gedankliche Tiefe des Beethovenischen op. 132, mit ausgezeichneter technischer Ueberlegenheit und starker Gefühlshöhe ausgeführt. Man bewundert immer wieder die Führerausführung Karl Klingers, die die Vereinigung auf eine demütige Höhe gebracht hat und erhält. Die Konzerte der vier Herren gehören zu den bedeutendsten Ereignissen der Saison. Das Stadt-Theater war demgemäß auch nahezu ausverkauft. Es wäre sehr erwünscht, das Quartett noch ein drittes Mal in nächster Zeit in Breslau zu hören. Dr. J.

Bereinstalender.

Deutscher Arbeiter-Mitteilungen-Bund, Ortsgruppe Breslau, Hauptversammlung Sonntag, den 13. Januar, vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Tätigkeitsbericht, Jahresbericht, Vorstandswahl, Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Freie Turnerschaft, 2. Turnverein und Mädchen-Abteilung, Montag, den 14. Januar, erster Turnabend. Alles wieder pünktlich erscheinen. Turnvereine: Abteilungsverammlung Sonntag, den 20. Januar, bei Klante, Hochstraße. Freie Genossenschaftsvereine, Genossenschafts-Angehörige, Kurie beginnen Donnerstag, den 10. Januar, abends 7 Uhr, in der Schule Lohstraße 31, I. (Siehe Inserat vom 9. Januar.) Deutscher Eisenbahner-Verband, Freitag, den 11. Januar, vormittags 9 Uhr und nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses die Gruppenversammlung der Maschinisten 1 und 2 des DGB, statt. Sonntag, den 13. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses die Gruppenversammlung der Betriebsarbeiter des DGB, statt. Tagesordnung außerordentlich wichtig, Mitgliedsbuch dient als Ausweis. Die Ortsverwaltung.

Parteigenossen und -Genossinnen
Cure Familien-Anzeigen
Erhalten auch in der „Volkswacht“

Familien-Anzeigen

Die Verlobung ihrer
Ahnstochter Emma
mit Herrn Musiklehrer und
Organist Arthur Günther
besteht sich anzuzeigen.
Stadtrat Hermann Wittke
u. Frau Ida, geb. Hoffmann.
Breslau den 6. Januar 1924 Gölitz

Meine Verlobung mit
Fräulein Emma Wittke,
Tochter des Herrn Stadtrat
Herrn Wittke und seiner
Frau Gemahlin, beehre ich
mich hiermit anzuzeigen.
Arthur Günther,
akadem. gepr. Musiklehrer
und Organist.

Korbwaren fertig, billige
Korbwaren, Gelegenheits-
käufe.
Seibert, Ohlendorfer Str. 9, Hof II.
Rein Raden! 27

1a Schuhwaren
Sohlen u. Berufsgehänge
für Männer und Frauen
sehr preiswert zu haben im
Volks-Weißhaus
Weißburger Platz 7.

**Öffentl. Eisenbahnbeamten-
Versammlung!**

Sonnabend, 12. Januar, abends 7^{1/2} Uhr
im großen Saal des St. Augustinshaus, Semianstraße 2/3.
Referent: **Thierack**, 2. Vorsitzender
der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten

pricht über:
Schicksalswende der Eisenbahnbeamten.
(Personalabbau - Privatfizierung - Dienstveränderungen.)
Der Bezirksvorstand.

Die Volksschule als Einheitschule
Von Dr. Max Apel.

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes
sowie von sämtlichen Kolportageuren entgegengenommen.

Arbeitsmarkt

Beilbie
Strohputznäherinnen
zum sofortigen Eintritt gesucht
Gebrüder Heymann
Klosterstraße 58.

Ein tüchtiger
Bildhauer
wird zum sofortigen Eintritt gesucht.
Pantke & Scheitza
Möbelfabrik, Ziegenhals. 141

Heimarbeit

(besonders geeignet für Wuhmacherinnen)
ledener Strumpfbänder
für nur flotte, saubere Arbeiterinnen
bei bester Bezahlung sofort zu vergeben.
Georg Benjamin,
Reichenhölle 55. 130
Meldung mit Ausweis nur von 1 bis 3 Uhr nachm.

Mädchen f. alles
das Kochen kann, für
sofort gesucht
Gutenbergstr. 17
Kochpartier, links.

Solennäherin
kann sich melden
Mödlisch, Grönkstr. 15, IV. 26

Inventur-Ausverkauf
made in night, 120
gebe aber meine Ware noch
preiswerter ab. Umgearbeit.
Wittkestraße, geb. deutsche
Wittkestraße, neu befohl.
Neue Arbeitsgehänge und
Stiefel jeder Art, Ober- und
Unterteilung. Auch Teil-
zahlung gestattet. Nicht auf
meine Firma u. Hausnummer.
Kreischmar, Ohlendorferstr. 14
im Hofe der Getreidefabrik
Strube & Gottmann.
Geöffnet von 9 bis 5 Uhr.

**Prima
Federbetten**
billig zu verkaufen
Lehnhaus Treutlerstr. 71

Wahlweise Steg 8 Pf.
auch an groß,
Kernelkorn, kam. Lira, lassen sehr
billig. **Gen. Frieda Lippert,**
Geierstraße 16. 230

Parteilreunde
kaufen an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volksweicht

Wohnungen
Einf. möbl. Zimmer
an Herrn zu vermieten.
Offerten unter Z 223 an die
Botschafts-Buchhandlung.

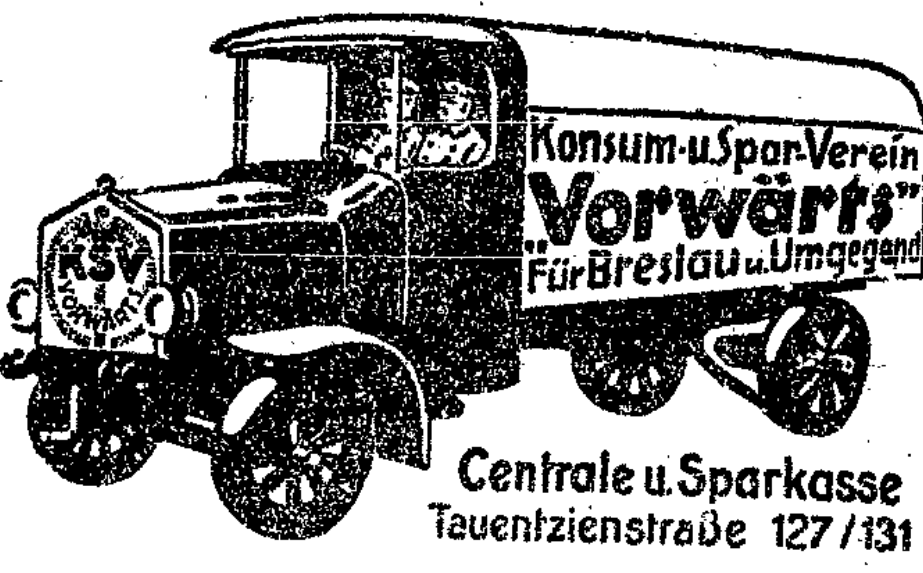
Verkäufe
Schneiderei
Obergen, 1000 m. . . 0,49 M.
selbstgem. Lakenfabr. 1,50 M.
Kleinfutter, 100cm br. 0,55 M.
Bü. Hüter, 100 cm br. 0,75 M.
Bü. Hüter, prima . . . 0,75 M.

G. Friedländer,
Sonnenstraße 30, 126

Kleine Anzeigen
sind kompakt gesetzte einsp.
Anzeig. u. Verordnungen, Kartge-
suchen u. a. nur von Februart.
Wart 1 Fig., fett 2 Pfennige

Ein Fahrrad billig zu ver-
kaufen (8^{er} Mtl.) bei Nettel,
Gröbinger Straße 25. 27
Neues Christfest (Gr. 42)
zu verkaufen bei Wagner,
Gröbinger Straße 22, IV., 2.
nachmittags 4-6. 28

Den vorteilhaftesten Bezug
in Schuhwaren
bietet das Schuhhaus
„Vorwärts“
Kupferschmiedestraße 31



**Großer
Inventur-Ausverkauf**

186 Bedeutend ermäßigte Preise!

Herrn-Stiefel in prima Qualität in Bog- fass, Rindbock und R.-Chevreau . . . von 16,50, 15,00.	13⁵⁰	Damen-Halbschuhe . . . von	9⁸⁰
Herrn-Zug- u. Schnallen- Stiefel in prima Bogfass und Rind- bock . . . von 16,00.	14⁰⁰	Damen-Spangenschuhe . . . von	9⁵⁰
Herrn-Fahleder-Schnür- Stiefel in bester Ausführung . . . von	13⁵⁰	Fräulein-Stiefel 33-35, in prima Bogfass . . . von	13⁵⁰
Damen-Stiefel beste Qualität in Bogfass, Rindbock u. R.-Chevreau . . . von 16,80, 15,60.	14⁵⁰	Burfschuhe-Stiefel . . . von	11⁸⁰
Damen-Weißschaff-Stiefel mit hohem Absatz, sehr bequeme Form in Rindbock und R.-Chevreau . . . von 14,50.	13⁵⁰	Knaben-, Mädchen- und Kinder-Stiefel zu billigsten Preisen.	
Kamelhaar- und Filzschnallen zu bedeutend herabgesetzten Preisen.		Lederpantoffel . . . von	2⁵⁰
		Cordpantoffel u. Cordschuhe von	1³⁰
		Plüschpantoffel mit Kernlederföste von	3⁰⁰

Für Fußballspieler besonders günstiges Angebot:
Ein großer Fußballschuh in erstl. Ausführung
Posten außerst billig.

Nur solange Vorrat reicht! Nur solange Vorrat reicht!

Konfektions-Haus „Vorwärts“ Neumarkt 12
Täglicher Eingang von Neuheiten.
Haus-, Küchengeräte und Wirtschaftsartikel
kauft man am vorteilhaftesten im Spezialgeschäft des „Vorwärts“, Neumarkt 12.

Großer Inventur-Räumungsverkauf!
vom 11. bis 15. Januar

Unerhört billig!

1⁹⁵ Bestreifte Röcke Stoff-Röcke und Jumper Voll-Röcke und Jumper	2⁹⁵ Sport-Röcke Voll-Voll-Blusen	3⁹⁵ Blauer Tressenrock	4⁹⁵ bis 14 ⁹⁵ Voll-Voll-Kleider Musseline-Kleider	5⁹⁵ Damen- Winterröcke Sportfarben.
6⁹⁵ Popeline-Jumper reine Wolle modern gestricke, lange Ärmel.	7⁹⁵ Winterröcke reine Qualitäten für Backische u. Damen. Faltrock Cheviot, reine Wolle.	12⁹⁵ Damenkleider reine Wolle, Tressengarn.	13⁹⁵ Cheviot-Kleid reine Wolle u. besücht, mit Plüsch-Faltrock.	12⁵⁰ 14⁵⁰ 17⁵⁰ 19⁵⁰ Seidene Trikot-Jumper moderne Farben, auch in längen Ärmeln.
13⁹⁵ Damen-Mäntel extra lang, gute Verarbeitung.	15⁰⁰ und 17 ⁵⁰ Damen-Mäntel Plüsch u. Moppen, extra lang, beste Verarbeitung.	24⁵⁰ und 26 ⁰⁰ Sportjacken isoliert, Kappen und reine, Plüsch.	21⁰⁰ Gabardine-Kleider verschiedene Farben, reine Wolle.	Aus meiner Abteilung Kleiderstoffe Baumwollwaren einige Beispiele

Albert Wagner
Friedrich-Wilhelm-Straße 26/28
gegenüber der Mittelgasse.

Beachten Sie meine 5 Schaufenster!

Handtücher . . . Meter	85	Gardinen Spannstoff, 130 cm breit	1.40
Handen-Berichte . . .	65	Frauenschnürchen . . . Stück	1.95
Borstentorwandhücher . . . Meter	65	Herrn-Stoffhosen . . . Stück	3.45
Rockstoffe	98	Monturhosen . . . Stück	2.75
Kleiderstoffe	98	Monturhosen . . . Stück	2.75
Blusenstoffe	98	Waffelbrotbacken prima, St. 6.	
Schürzenstoffe 116 hr. Mtr.	1.75	Kaffee-Tischdecken Stück	3.90
Handtücher in 9 Farben, Mtr.	2.25		
Handtücher in 4 Farben, Meter	2.10		

Große Auswahl in
Schürzen - Gardinen - Trikots.

Aus Schlesien.

An alle Ortsgruppen!

Infolge Verzögerung in der Herstellung hat sich auch die Ueberführung der Monatsparteibeiträge an die einzelnen Ortsgruppen verzögert. Wir glauben, in der Lage zu sein, noch vor dem nächsten Sonntag den Ortsgruppen die entsprechenden Karten zugehen zu lassen.

Mit Parteigrüß
Der Bezirksvorstand, J. A. E. Schlich, E. Janotta.

Vom Schlesiens Städtetage.

Die für den 5. Januar in Reichenbach in Schlesien vorgesehene erweiterte Vorstandssitzung ist nunmehr auf Montag, den 14. Januar, festgelegt worden. Als weiterer Verhandlungsgegenstand ist die Frage der wertbeständigen Feuerversicherung auf die Tagesordnung gesetzt worden; Vertreter der Provinzial-Feuerzweckgesellschaft werden zugegen sein.

Scharfer Protest der ober-schlesischen Flüchtlingslehrer.

Wegen die von der Reichsregierung verordnete Zwangs- pensionierung der ober-schlesischen Flüchtlingslehrer und -lehrerinnen erhob eine Versammlung dieser betroffenen Deutschen in Oppeln förmlichen Protest. Die ober-schlesischen Behörden waren hart vertreten. Nach Ansprachen von Rektor Schneider, der Reichstagsabgeordneter Altkirch (Zentrum) und Ostank (Soz.), des Oberpräsidenten, des Landtagsabgeordneten Genossen Franz wurde eine Deputation gewählt, die beim Reichsminister vorstellig werden soll. Eine Entschädigung wandte sich entschieden gegen die Ausnahmeverordnung der Regierung.

Inzwischen waren die politischen Vertreter Oberschlesiens im Regierungsschilde zusammengetreten und verfaßten gemeinsam folgende Erklärung an die Regierung:

Unter dem Eindruck der nachteiligen Kundgebung der ober-schlesischen Flüchtlingslehrer und -lehrerinnen gegen die ihr Zwangs-pensionierung betreffende Verordnung, haben wir als Volksvertreter Oberschlesiens im Reichstags und im Provinzial-Landtag zusammen mit dem Provinzialausschuß von Oberschlesien es für unsere Pflicht, die Reichs- und Staatsregierung auf die schwere Enttäuschung und große Verbitterung hinzuweisen, welche diese Verordnung nicht bloß bei den dadurch Betroffenen, sondern bei der gesamten ober-schlesischen Bevölkerung und darüber hinaus hervorgerufen hat.

Die Verordnung ist eine große Härte gegen die ober-schlesischen Flüchtlingslehrer und -lehrerinnen, die fürchten, statt der erhofften Unterbringung dauernd aus ihrem Beruf heraus- gedrängt zu werden.

Die Verordnung ist eine schwere Ungerechtigkeit, da sie eine Ausnahmebestimmung darstellt, die sich auch nicht durch die Not des Reiches rechtfertigen läßt.

Die Verordnung ist ein bitterer Undank, weil sie sich gegen diejenigen richtet, die sich um die Erhaltung Oberschlesiens beim Deutschen Reich die größten Verdienste erworben haben.

Die Verordnung ist schließlich ein schwerer poli- tischer Fehler, weil sie sich in einem Gebiete auswirkt, welches nach wie vor auf das Schwere gefährdet ist.

Entschuldig.

Die „Schlesische Zeitung“ meldet in einer „Futter- tripp“ übertriebenen Stoff, daß in Zellhammer trotz des von einer Einwohnerversammlung erhobenen Protestes die Gemein- deverwaltung den jetzigen ehrenamtlichen sozialdemokratischen Gemeindevorsteher zum hauptamtlichen auf 12 Jahre gewählt habe. Falls der sozialdemokratische Landrat dieses Wahl bestätigt, erhält die in der großen Mehrheit christlich gesinnte Bevölkerung ein sozialdemokratisches Oberhaupt.

Das ist natürlich fürchterlich nach Meinung der „Schle- sischen Zeitung“, der es vornehmlich um die „Futtertripp“ und weniger um die christliche Bevölkerung zu tun ist und die gewiß nichts dagegen einzuwenden hätte, wenn man einen der Herrn ausserfordern hätte.

Konsequenzen der Kaiserhaltenden Gesinnung der Deutsch- nationalen in der Republik.

Dastowitz, Weihnachtsfeier. Am 30. Dezember fand hier im Saale des Herrn Bogander die Weihnachtsfeier des „Freien Gesangsvereins Dastowitz“, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, statt. Es war nicht leicht gewesen, die Singstunden im Oktober weiter zu führen, da ein erheblicher Teil der männlichen Chormitglieder halbe auswärtige Arbeit- gelegenheit wahrnehmen und daher den Chorsitzungen fern bleiben mußten. Außer Orchestermusik wurden heimische Chöre und durch Frau Hanna Mendt Einzelsänger geboten; man hörte weihnäch- tliche Kompositionen von Cornelius, Hilbach, Schaarhüdt, Gulbina. Besonderen Beifall fand wieder das berühmte jüdelnde „Halleluja“ aus Händels „Messias“ für Chor und Orchester; es wurde diesmal ohne jede Streichung aufgeführt und konnte wiederholt werden. Dem Konzert folgte ein Zwielerter „Heilig- abend“ von Edm. Beane. Die Darsteller gaben unter der tüchtigen Leitung des Herrn Gottlieb Thom ihr Bestes und erzielten freundlichen Beifall. Wegen der harmonisch verlaufene Feier in Dastowitz neues Interesse für den vorerwähnten Chorgesang gewahrt haben!

Schweidnitz, Schwere Unfall durch einen Feuer- löcher. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich auf dem Schloß in Domäne. Dort entstand Feuergefahr, da in einer Räucher- kammer durch einen herabgefallenen Schrank ein Brand ent- standen war. Um diesen zu löschen, griff ein Diener mit einem Feuerlöschapparat ein, dessen Kolben aber eine gefährliche Sub- stanz enthalten haben muß, die auf die Umstehenden veräufend wirkte. Sieben Personen erkrankten, darunter einige sehr er- heblich, besonders auf die Schilddrüse. Sie mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Hirschberg, Unruhen vor Gericht. Am 11. August vorigen Jahres fanden hier, wie in anderen Städten, Treuengangs- handlungen statt. Eine Demonstration versammelte sich vor dem Gebäude, in denen sich Margarineverarbeiter befanden. Vor einem Gericht wurde ein Herr mit Gewalt einbezogen und mehrere Anwesenden verhaftet. Die Strafkammer verurteilte deshalb nicht den Arbeiter Verstand aus Unmuth wegen Landfriedens- bruchs in einem Jahre Gefängnis, den Arbeiter Popplik von hier zu sechs Monaten Gefängnis, sowie eine Frau zu drei Monaten Gefängnis. Der Frau wurde bei Zahlung einer Geldstrafe von 100 Goldmark Strafaufschub bewilligt.

Kreuzburg OS, Im Säncer nerweht und erjoren fand man am letzten Donnerstag eine Frau und zwei Kinder, Anaben im Alter von 12 und 8 Jahren. Die Personalien konnten noch nicht festgestellt werden.

Aus aller Welt.

Wißbräute Protestierkinder.

In Wien sind eine aus Nitrien kommende Sprachlehrerin namens Kabinich und der Lehrkinder Kabinich in Unter- richtung gezogen worden. Die Frau hatte kleine Pro- testierkinder durch das Verbot, ihnen gegen mäßiges Entgelt Unterricht in fremden Sprachen zu erteilen, an sich gelockt und die Kinder dann zu „Vorstellungen“ für zahlungs- unfähige Schüler ihres Salons mißbraucht, bei denen die Kinder durch Reiten und Fechtübungen zu matochischen Werken zu bringen hatten.

Zwei große französische Künstler gestorben.

Raul Renoir, einer der führenden französischen impressio- nistischen Maler, vor allem durch die leuchtenden Farben seiner Frauenporträts berühmt, ist 87jährig gestorben. Seine Kunst ist auch in Breslau durch mehrere schöne Bilder ver- treten. — Kurz vorher starb Theophile Steinlen, der aus dem Elsass stammende Pariser Zeichner, dessen Kunst vor allem in Karikaturen bekannt ist, da er sie in den Diensten des Sozialismus hielt. Seine letzte in Deutschland und massen- weise verbreitete Zeichnung war das Malat der Gewerkschafts- internationale zum Brüsselamer Kongress von 1921.

Polenischer Coak im Zuchthaus.

Der bekannte Polenischer Coak ist wegen Schwindel zu einer schweren Zuchthausstrafe verurteilt worden. Dr. Frederic K. Coak war, nachdem er von der New York Universität seinen Dokortitel erhalten hatte, Arzt einer der berühmten Nordpoloze- peditionen und nahm in derselben Eigenschaft an der belgischen Süd- polfahrt teil. Dann unternahm er auf eigene Faust Forschungs- reisen und behauptete im Jahre 1908, er habe den Mount Mc. Kinley betreten. Aus verschiedenen Gründen zweifelte man hier daran, und auch als er 1909 von einer Fahrt in die arktischen

Gebiete zurückkam, wurden starke Zweifel an seiner Behauptung er- hoben. Der Nordpol erreicht, geäußert. Nichtsdestoweniger er- nannte ihn die Stadt New York zum Ehrenbürger, er erhielt viele andere Ehrungen und wurde in Europa, besonders in Dänemark, gefeiert. Dr. Coak hat jetzt vier Wochen lang vor einem Gericht in Texas gestanden, wo gegen ihn die Beschuldigung vorgebracht wurde, er habe durch den Verkauf wertloser Aktien von Del-Gesell- schäften, die er im Verein mit einigen anderen Personen gegründet hatte, Hunderttausende von Dollars erschwindelt. Die Ge- schworenen erklärten ihn schuldig. Der Richter im Bundesgericht in Fort Worth hat ihn zu 14 Jahren 6 Monaten Zuch- haus verurteilt. Er hat dabei auf das Niederträchtige in der Handlungsweise des Verurteilten hingewiesen, der besonders darauf ausging, Frauen um ihr Vermögen zu beschwindeln, und des- namentlich viele Witwen um ihr ganzes Hab und Gut gebracht hat. In seiner Eigenschaft als Arzt der Belarischen und der belgischen Südpolozepepeditionen hat sich Coak unbeschreibliche wissenschaftliche Verdienste erworben, die auch von der strengen Wissenschaft anerkannt worden sind. Wie Coak über den Weg wissenschaftlicher Eitelkeit schließlich zum Verbrecher geworden ist, das ist ein psychologisches Problem.

Ein Doppelleben.

In Louisville, der großen Industriestadt im Staate Kentucky, hatte eine der angesehensten Personen der Stadt, der Großhand- lermann Whittling, der sich durch seine großzügige Freigebigkeit als Wohlthäter der Stadt einen Namen gemacht und viele Ehren- ämter bekleidet. Sein Tod brachte die sensationelle Enthüllung eines Doppellebens. Whittling war nämlich in Wirklichkeit der Juchthäuser Doering, der als Haupt einer kühnen Ver- brecherbande die Vererbung der Beküßte als Spezialität betrieb. Erst kürzlich war ihm bei einem Raubzug eine Beute im Werte von 2 Millionen Dollars in die Hände gefallen.

Selbstmord aus Missethor Schandmüß.

In London wurde der ungarische Geiger David Greenfield in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er hatte sich mit Gas ver- giftet aus Verzweiflung darüber, daß er, um seine Frau und sich zu ernähren, in einem Kabarett Abend für Abend Jazzmusik spielen mußte. Schon seit längerer Zeit hatte er sich seiner Frau gegen- über geäußert, daß er noch in den Tod gehen würde, wenn er keine Stelle in einem anderen Orchester fände, sondern sich immer mit Einzel-Tangeummist abquälen müßte. Er kam aus dem Kabarett immer erst gegen 1 Uhr morgens nach Hause und spielte erst nach der letzten Stunde und nach wiederholter Einsprüche der Nachbarn regelmäßig klassische Musik, ehe er sich zu Bett legte. Er sagte, er müße dies einfach tun, weil er nicht schlafen könne, solange ihm noch das Sägezackel in den Ohren klinge. Zu der Nacht vor dem Selbstmord spielte er fünf Stunden lang, dann zerbrach er den Gehörabgaben über dem Knie, wobei er sagte: „Die letzte Müßi, die du gespielt hast, war gute Müßi.“ Am anderen Morgen fand die Frau die Leiche ihres Mannes vor.

In der Hypnose schlüchtig geworden.

Am Theatervorstellung von Sebenico in Dalmatien trat der Hypnotiseur Maximilian Sanguener auf. Er hypnotisierte einen in der Stadt bekannten Polizeikommissar, gab ihm ein Stück Papier in die Hand und befahl dem Beamten, seinen Gegner mit diesem angeblichen Revolver zu erschlagen. Dieses Experiment gelang. Das Publikum verlangte die Fortsetzung des Spiels; Sanguener ließ das Medium von einem Gast „verhört“. Darüber geriet der Kommissar in eine solche Wut, daß er seine Dienstwaffe zog und in die Menge schloß. Es entstand eine Panik. Als er sah, was er an- gerichtet hatte, bekam er einen Totschußanfall. Man schaffte ihn ins Krankenhaus. Der Hypnotiseur wurde verhaftet.

Aus Liebe zur Freundin.

Vor einigen Tagen verhaftete die Kownoer Kriminalpolizei ein Frauenknecht Olga Filipowich, weil sie verdächtig war, ihre Freunde zu tödlichen zu haben. Als sich die Verhaftete in ihrem Untersuchungsgefängnis allein sah, sprang sie aus dem Fenster des in dem dritten Stock gelegenen Zimmers. Sie wurde sofort ins Krankenhaus überführt, wo sie nach einigen Stunden starb. In ihrer Tasche fand man einen in russischer Sprache geschriebenen Brief, in dem es heißt, daß sie die Verhaftung nicht für sich, sondern für ihre Freundin, die sich in großer Not befinde, gelöst habe. Da sie diese nicht beistellen wollte, begehe sie Selbstmord.

Der vielbegehrte Dollar.

Die Krakauer Polizeibehörden haben eine weitverzweigte Fälscherbande ausgeschoben, welche falsche Dollars in Umlauf setzte. Die Zahl der in Umlauf gesetzten Dollardanknoten geht in viele Tausende.

Herrenstoffe

kauft man jetzt am billigsten im großen

Inventur-Räumungsverkauf

Tuch haus Ernst Heinze

Goldeneradegasse 7

Glatz, Grünesstraße 6 / Großkau, Ring 47 / Neisse, Zollstraße 60

Besonders preiswertes Angebot:

Schwarz Kammgarn-Draps für Smoking und Frack (Nr. 20) 140 cm	11.50	Reinwoll. Zwircovercoat, erstkl. Qualitäts-ware (Nr. 1510/11/14/15/25) 145 cm	11.50
Bianz Anzug-Twill, sehr gute Qualitätsware (Nr. 1581), 145 cm	10.50	Ulsterstoffe mit angewob. Futter, in verschied. modernen Dessins, Artikel Heide	7.50
Anzug-Serge, feinste Maßschneiderqualität	9.50	Prima Eskimo-Molton, schwarz, feinste Qual. (Nr. 16003), 145 cm	14.50
Dunkler Anzug, Byckala, bei tragfäll. Pepitta- u. Fischgrät-Muster (Nr. 6025-6036), 140 cm	2.00	Affenhaut in vielen modernen Dessins, prima reinwollene Qualität, 130 cm	9.50
Hochmoderner, reinwollener Anzug, grau u. mode kariert (Nr. 11069-11070), 140 cm	8.95	Mantelhausche in schönsten Dessins, von Cabardine in allen Farben, sehr gute Qualität, 130 cm	3.20 an 6.50
Elegante Kammgarnanlege, prima Qualität	14.50	Prima Popeline, 100 cm	3.75
1a Marengo, prima Qualität, 145 cm	16.99	Helle Kostüm-Kammgarne, aparte Dessins, 130 cm	7.50
1a Kammgarnosenstreifen, prima Qualität (Nr. 15009), 160 cm	12.50	Artikel „Doria“	8.50
Feinster reinwollener Wipcoat für elegante Reitanzüge und Sommerpaletots (Nr. 14027), 140 cm	12.50	Artikel „Helios“	8.50
		Erbreune in stillichen modernen Farben, 96 cm	5.40
		Prima Futterstoffe taubar preiswert.	

Auf alle nicht herabgesetzten Preise **20% Kassenrabatt!**

Zum Einkauf bitte die Vermittlungsstellen zu benutzen.

Unbedingt modern!

müssen Sie mit Ihren Einkäufen * Unser Inventur-Ausverkauf beginnt in den nächsten Tagen u. bietet Ihnen enorme Vorteile.



Freundlöndner in So
Spezialhaus für Herren- u. Knabenkleidung,
Schmiedebücke 58, Ecke Adalergasse

Sozialdemokratie und Landwirtschaft
von Georg Schmidt

Buchhandlung
Volkswacht

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporturen entgegengenommen.

Modernes Antiquariat
Breslau 3, St. Annenstraße 5

Die freie Gewerkschaft

Beilage für Gewerkschaften und Betriebsräte

Der Stand des internationalen Arbeitsrechts

Von Dr. Jadesohn.

Mit nachfolgendem bringen wir einen weiteren Auszug aus dem Buche Dr. Jadesohns „Das gesamte Arbeitsrecht Deutschlands“, den der Verfasser auf unseren Wunsch bis auf die neueste Zeit ergänzt hat.

I. Einführung.

Das internationale Arbeitsrecht stellt die Verträge dar, die zwischen den einzelnen Staaten auf dem Gebiete des Arbeitsrechts abgeschlossen sind und von diesen Staaten im Wege eigener Gesetzgebung in ihr Recht aufgenommen werden.

Die Regierungen haben den Gedanken an eine derartige Rechtsgebarung erst aufgenommen, nachdem er von Nationalökonomern, Soziologen (Sismondi, Owen, LeGrand) und Organisationsgelehrten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer schon lange erörtert worden war.

Im Jahre 1889 wollte die Schweiz eine internationale Arbeiterkonferenz einberufen. Sie ließ dem deutschen Kaiser den Vorschlag die daraufhin im Mai 1890 in Berlin abgehaltene Konferenz war ergebnislos. Sozialpolitiker und Nationalökonom ließen den Gedanken aber in dem Internationalen Komitee für Sozialversicherung, der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiter, der Internationalen Gesellschaft zur Befreiung der Arbeiterschaft eingehend fort. Unter ihrem Einfluß wurde 1901 der erste internationale arbeitsrechtliche Staatsvertrag zwischen Frankreich und Italien abgeschlossen und in den deutschen Handelsverträgen mit Österreich und anderen Staaten wurden sozialpolitische Klauseln aufgenommen. 1906 kam dann in Venedig der zwischen zwölf Staaten abgeschlossene Vertrag über Verbot der Frauenarbeit und der Wappornormierung bei Zündholzherstellung zustande, dem im Laufe der Jahre weitere Staaten beigetreten sind. Das 1910 auf einer Konferenz in Genf abgehaltene Verbot der Nachtarbeit von Jugendlichen usw. wurde infolge des Weltkrieges nicht ratifiziert.

Der Gedanke an ein internationales Arbeitsrecht wurde aber trotz des Krieges aufrecht erhalten, 1916 in Leeds von Gewerkschaften der Entente, 1917 in Bern von denen des Bundes, der Friedensvertrag von Versailles nahm deren auch von amerikanischen Gewerkschaften 1919 gebilligtes Programm auf, floss aber dahinter in der Ausgestaltung auf Veranlassung eines von dem Amerikaner Gompers geleiteten Ausschusses zurück.

II. Friedensvertrag von Versailles.

Der Friedensvertrag regelt im 13. Teil Artikel 387 ff. unter der Überschrift „Arbeit“ deren Organisation (Art. 387-426) und Grundrechte (Art. 427). Die Grundrechte enthalten kein materielles Recht, sondern nur Vorbehalten über Koalitionsfreiheit, Lohnangemessenheit, Arbeitszeit, Arbeitsaufsicht, Bekämpfung der Kinderarbeit usw. Zu ihrer Durchführung ist eine Organisation aus Angehörigen des Völkerbundes, teils auf dessen Kosten, teils auf Kosten der einzelnen Mitglieder, geschaffen worden, die nachträglich auf der vierten Arbeiterkonferenz in Genf (vgl. unten) verändert wurde. Sie besteht aus dem Internationalen Arbeitsamt in Genf und der Hauptversammlung (Konferenz). Das Arbeitsamt steht unter Leitung eines Verwaltungsrats, der ursprünglich aus 24 Mitgliedern bestand, jetzt sich aus 32 zusammensetzt. Der Verwaltungsrat, der sich einen Vorsitzenden wählt, eine Geschäftsordnung gibt und nach Bedarf zusammentritt — seine letzte, zwanzigste Tagung fand am 15. bis 18. Oktober 1923 statt (vgl. „Sozialer Praxis“, 32. Jahrgang, S. 894) — legt die Tagesordnung für die Sitzungen der Konferenz fest. Die Aufgaben des Amtes bestehen in Ausmittlung der Streitigkeiten, Publikationen, Vorbereitung der Konferenztagung und anderen ihm übertragenen Arbeiten. Die Konferenz tritt nach Bedarf, mindestens alljährlich einmal zusammen. Sie wählt sich einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Ihre Aufgaben bestehen in Beratung und Beschlussfassung über die gestellten Anträge. Auf Grund der Beschlussfassung macht sie Vorschläge (B.), das heißt Empfehlungen entsprechend Landesgesetzen oder gelangt zu Entwürfen (E.) von Abkommen, die in den Ländern ratifiziert werden sollen. Wird ein ratifiziertes Abkommen nicht beachtet oder ein Vorschlag oder Entwurf nicht binnen bestimmter Zeit der zuständigen Stelle vorgelegt, so findet ein Zwangsverfahren nach dem Verwaltungsrat erst, einem Untersuchungsausschuss bzw. dem internationalen Gerichtshof statt.

Als erste Konferenz wurde bereits im Friedensvertrage die von Washington vorgegeben.

III. Die Konferenz in Washington.

Diese Konferenz fand vom 30. Oktober bis 29. November 1919 statt. An ihr nahmen 42 Staaten teil. Auch Deutschland war auf Veranlassung des internationalen Gewerkschaftskongresses zugelassen worden. Seine Vertreter konnten aber wegen Reichsämterverweigerung nicht rechtzeitig eintreffen. Sie beschränkten sich mit dem Achtstundentag, der Ausdehnung der Berner Konvention, dem Frauen- und Kinderschutz und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

- Ein E. will im Bergbau, bei Herstellung usw. von Waren, bei Bauten und Transportarbeiten grundsätzlich den Achtstundentag oder die 48-Stundenwoche einführen.
- In zwei E. wird der Wächterinnenchutz behandelt; jede Arbeit soll sechs Wochen vor ehedem oder anderer Entbindung auf Grund ärztlichen Zeugnisses niedergelegt werden können und sechs Wochen nach Entbindung verboten sein; während dieser Zeit sollen ausreichende Unterhaltungen gewährt werden; während der Arbeitszeit sind Entlassungen zu bewilligen.
- Ein E. soll das Verbot von der Berner Konferenz ausgehender Verbot gewerblicher Nachtarbeit der Frauen von dieser nicht beigetretenen Staaten empfehlen.
- Ein E. will Kinder zu Fabrikarbeiten erst mit dem 14. Lebensjahre zulassen.
- Ein weiterer E. führt das Verbot der Nachtarbeit für Personen unter 18 Jahren grundsätzlich mit zwei Ausnahmen ein.
- Ein weiterer E. verlangt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Mittelungen über die Zahl der Arbeitslosen, die angemessenen und geriaten Mittel gegen die Arbeitslosigkeit und den Ausbau von Arbeitsnachweiser.
- Ein E. empfiehlt die Beteiligung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung, die Einführung einer Arbeitslosenversicherung, die Übernahme von öffentlichen Arbeiten, Arbeitsbeschäftigung in bestimmten Landesteilen, wo gerade Arbeitslosigkeit herrscht.
- Ein weiterer E. beschäftigt sich mit der Einführung einer öffentlichen Gesundheitsfürsorge, der Bekämpfung von Minderarbeit, der Verwendung von weiblichen Wapporn zur Zündholzherstellung und den Schutz gegen Wappornung. Als nächster Konferenzort wird Genava bestimmt.

IV. Die zweite Konferenz in Genava.

Diese Hauptversammlung fand vom 15. Juni bis 10. Juli 1920 unter Teilnahme von 28 Staaten, darunter auch Deutschland, statt.

Sie beschäftigte sich im wesentlichen mit der internationalen Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Schiffahrt und nahm E. und B. an. Ein E. über den Achtstundentag oder die

48-Stundenwoche in der Schiffahrt erhielt nicht die erforderliche Mehrheit.

- Ein E. unterlag die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren an Bord.
 - Ein weiterer E. behandelt die Arbeitslosenversicherung und die Stellenvermittlung der Seefahrt; die gewerkschaftlichen Stellenvermittlung soll befristet, an ihrer Stelle sollen paritätische Arbeitsnachweise vorrätbar oder durch den Staat eingerichtet werden.
 - Ein dritter E. will den durch Schiffbruch arbeitslosen Seefahrern die Heuerbezahlung bis zu zwei Monaten sicherstellen.
 - Zwei B. wünschen die Einführung des achtstündigen Arbeitstages oder der 48stündigen Arbeitswoche in der Schiffahrt und der Küstenschiffahrt.
 - Ein weiterer B. behandelt das internationale Seerecht und den Erlaß von Seemannsordnungen. Als dritter Konferenzort wurde Genf bestimmt.
- (Schluß in der nächsten Unterhaltungsbeilage.)

Die Arbeitszeitgesetze Europas.

Was die Gegner des gesetzlichen Achtstundentages in jedem einzelnen Lande unermüßlich wiederholen, ist: „Unser Land kann den Achtstundentag so lange nicht einführen, als im die Konkurrenzländer nicht eingeführt haben, sonst werden wir vom Weltmarkt verdrängt.“

Was aber die Gegner des gesetzlichen Achtstundentages so lange als möglich verschweigen, ist die folgende Tatsache: die wichtigsten europäischen Länder haben bereits den gesetzlichen Achtstundentag eingeführt.

Die Achtstundentagegesetze der europäischen Länder stammen ausnahmslos aus der Zeit zwischen dem Herbst 1918 und dem Frühjahr 1920; also aus der Aufschwungsperiode der Arbeiterbewegung, die zwischen dem Kriegsausbruch und dem Ausbruch der großen Wirtschaftskrise lag. Nach dem Ausbruch der Krise beginnt eine rückwärtige Bewegung; die Arbeitszeitgesetze werden durch Ausführungsverordnungen „ergänzt“ oder durch neue Gesetze abgeändert, die den Geltungsbereich des Achtstundentages einengen oder für einzelne Gewerbegebiete — insbesondere für das Verkehrswesen — weitgehende Überweichungen der Achtstundentag-Vorm zu lassen. Jedoch ist es wichtig zu bemerken, daß mit der einzigen Ausnahme des Schweizer Bundes, der zur 48-Stunden-Woche übergegangen ist, der Grundgedanke des gesetzlichen Achtstundentages von keiner Regierung aufgegeben ist. Sogar die faschistische italienische Regierung war anfänglich eher klug geworden, um das Mäntelchen des Achtstundentags-Prinzips beizubehalten, und es ihrem neuen Arbeitszeit-Dekret anzuhängen.

Gehen wir nun zum Vergleich der gesetzlichen Lage in den einzelnen Ländern über. Da müssen wir zunächst England aus unserer Betrachtung ausschalten; denn dort gibt es nur im Bergbau eine gesetzliche Höchsttatszeit, und zwar beträgt sie unter Tage sieben Stunden (einschließlich Ein- und Ausfahrt). Die tatsächliche, tariflich vereinbarte Arbeitszeit beträgt zwar seit Kriegsausbruch in allen wichtigen Industrien 44-48 Stunden wöchentlich, so daß die mit den englischen konkurrierenden Unternehmer keine Angst vor einer englischen Überarbeit zu haben brauchen. Aber um die gesetzliche Einschränkung muß in England immer noch gekämpft werden; ein entsprechender Entwurf der Labour Party liegt dem Parlament vor. Ferner muß auch Dänemark außer Betracht bleiben, da dort nur in den ununterbrochen arbeitenden Betrieben ein Gesetz den Achtstundentag vorschreibt, während alle übrigen Gewerbe lediglich durch Tarifverträge geregelt werden.

Alle übrigen Staaten haben hingegen ein gesetzliches Maximum von 48 Stunden wöchentlich für das gesamte Gewerbe, mit Ausnahme der Familienbetriebe. Nur Schweden, Norwegen und Jugoslawien machen dabei die Anwendung des Gesetzes von der Zahl der Arbeiter im Betriebe abhängig (5, bzw. 4, bzw. 15 Arbeiter als Mindestgrenze); in allen übrigen Staaten gilt das Gesetz für den Kleinbetrieb für den größten Betrieb. Die meisten Staaten denken die Geltung des Gesetzes auch auf den Handel aus; Holland ist dabei das einzige Land, das für den Handel eine höhere Arbeitszeitgrenze vorseht, als für das Gewerbe; in den Läden darf 10 Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich gearbeitet werden. Für das Verkehrswesen (insbesondere Eisenbahn, Seeschiffahrt und Postwesen) gelten meistens besondere Regeln, die das Achtstundentagsprinzip grundsätzlich anerkennen, dabei aber entweder die bloßen „Dienstverpflichteten“ (Kunden nicht als volle Stunden anrechnen, oder über die acht Stunden hinaus noch vier Überstunden gestatten, die aber meistens belohnungslos vergütet werden sollen. Die Landwirtschaft steht in allen Ländern, mit Ausnahme der Tschechoslowakei, nicht unter der Wirkung des Gesetzes; aber auch in der Tschechoslowakei ist das Gesetz in der Tat durch einen Zentralkollektivvertrag überkriten, der sich den Bedürfnissen der Landwirtschaft anpaßt. In Deutschland und in den einzelnen Ländern Österreichs sind jetzt Landarbeitverordnungen erlassen, bei denen im Jahresdurchschnitt etwa zehn Arbeitsstunden täglich herauskommen.

Gehen wir jetzt zum Geltungsbereich des Gesetzes zu diesem selbst über. Da finden wir in sämtlichen Gesetzen immer dieselben Ausnahmen: überall ist die Befreiung von Arbeit am Sonntag nachmittags bei entsprechender Verlängerung der Arbeitszeit an sonstigen Tagen gestattet; Verlängerungen und Verkürzungen der Arbeitstage sind meistens — insbesondere in Familienbetrieben — gestattet, so daß fast der Norm von acht Stunden täglich, die Norm von 48 Stunden wöchentlich oder 96 Stunden zweimonatlich oder 144 Stunden dreimonatlich usw. gilt. Ferner sind aber Ausnahmen gestattet, die über diese Norm hinausgehen. Diese Ausnahmen werden begründet durch Notfälle („höhere Gewalt“), Arbeitsanforderung, schnelles Vordringen der Rohstoffe, Schichtwechsel, oder durch besondere Eigenart der Arbeit: Reinigungs- und Heizungsarbeiten, hohe „Dienstverpflichtung“ oder unterbrochene Arbeit (Posten, Landwirtsch.) usw. Dies alles wiederholt sich in jedem Gesetz. Was aber den Unterschied ausmacht, ist: welche Bedingungen sind bei der Gewährung von Ausnahmen erforderlich? Die eine Art von Ausnahmen wird ohne weiteres oder gegen hohe Ermahnung bei den Behörden gewährt (Notfälle usw.), die anderen bedürfen der Zustimmung der Arbeiterorganisation oder der Fabrikinspektion oder der unteren Behörde oder gar einer besonderen rechtlichen Regierungsverordnung. Und hier liegt der eigentliche Unterschied zwischen einem wahren und einem falschen Varen Achtstundentagegesetz. Im faschistischen Italien kann man z. B. ohne weiteres zwei Überstunden täglich vereinbaren (auch ohne Tarifvertrag). Anders in Österreich. Dort beharrt eine Überarbeit, wenn sie mehr als acht Tage dauern soll, der Zustimmung der Organisationen und der Fabrikinspektion, oder auch dann darf an nicht mehr als 90 Tagen (in Galizien werden an 60 Tagen) im Jahre Überarbeit gestattet werden. Diese Grenzen und Bedingungen sind die eigentliche Kern des Gesetzes. Hier liegt nun die große Gefahr, nämlich von Bestimmungen, die nur in Ausnahmefällen den gesetzlichen Voren über den Achtstundentag übersteigen lassen, die Gefahr, daß die Grenzen des Achtstundentages durch die Gewährung von Ausnahmen ohne daß man es bemerkt, über die ursprünglichen Grenzen hinausgerückt werden, so daß der Achtstundentag nur noch

läßt, um dieser wichtigen Parole der Arbeiterkraft die Spitze zu nehmen. Das läßt sich aber nur an den Einzelheiten jedes Gesetzes erkennen; es ist also darauf zu achten, unter welchen Bedingungen, von welchem Organ und in welchen Grenzen die Ausnahmen gewährt werden.

Weniger wichtig ist hingegen zum Beispiel der Umstand, daß in Polen eine 48stündige Woche, in Lettland für „geistige Arbeit“ sogar der Sechsstundentag, in Holland und Norwegen dagegen eine 48-Stunden-Woche, aber ein 8 1/2-Stunden-Tag gilt. Auch die Bestimmungen über die Zulagszahlung für Überstunden (50 bis 100 Prozent in Österreich, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen, 10 Prozent in Italien) sind nicht so wesentlich, wie diejenigen Bestimmungen, durch welche die Gewährung wirtschaftlich nicht notwendiger Überstunden unmöglich gemacht wird.

Trotz der Unterschiede ist eigentlich eine gewisse Einheitslichkeit in all diesen Gesetzen vorhanden, und auch vom Washingtoner Übereinkommen — das ebenfalls einen großen Spielraum bei Ausnahmegewährungen zuläßt — unterscheiden sie sich nicht grundsätzlich. Es fragt sich nun: warum diese Hartnäckigkeit der Regierungen und bürgerlichen Parteien gegen die Ratifikation des Internationalen Achtstundentags-Abkommens, wodurch doch die Frage sehr vereinfacht und alle Konkurrenzbedürfnisse grundlos geworden wären?

Die Antwort lautet: weil eine Bindung an das internationale Übereinkommen unmöglich machen würde, im Falle einer Reaktion im Lande das Gesetz einfach abzuschaffen.

Organisatorische Veränderungen in der Betriebsrätebewegung.

Wie die Betriebsrätezeitung schreibt, ist die gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des ADGB und des Aa-Bundes mit dem 31. Dezember 1923 aufgelöst und die Betriebsrätezeitung des ADGB und des Aa-Bundes hat mit dieser Nummer ihr Erscheinen eingestellt. Beide Einrichtungen bestanden seit 15. Juni bzw. seit Juli 1920. Infolge dieser Maßnahme hat sich der Geschäftsführende Ausschuss der gemeinsamen Betriebsrätezentrale aufgelöst, während aus denselben Gründen die Mandate des Beirats der Betriebsrätezentrale erloschen sind.

Die Richtlinien des ADGB und des Aa-Bundes für die örtliche Zusammenfassung der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenvereine bleiben dagegen unverändert bestehen.

Die wirtschaftliche Lage, von der auch die Gewerkschaften wesentlich beeinflusst werden, läßt die Änderungen herbeiführen. Die praktischen Erfahrungen der letzten Jahre hätten außerdem gezeigt, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sich von derjenigen für die Betriebsräte überhaupt nicht trennen läßt. Nur zwischen Arbeiter und Angestellten gebe es eine Reihe Sozialfragen, die von den beiderseitigen Betriebsräten getrennt bearbeitet werden müssen. Deshalb erfolgte die Auflösung der Betriebsrätezentrale, deren Arbeit von der neu geschaffenen Betriebsräteabteilung des ADGB übernommen wird. Derselben Gründe haben auch den ADGB, bewegen, das Erscheinen der Betriebsrätezeitung vom 1. Januar an einzustellen, mußten doch in dieser mindestens die gleichen Materialien wie in den Gewerkschaftszeitungen behandelt werden. Anstelle der Betriebsrätezeitung und des Korrespondenzblattes, das Ende Dezember ebenfalls sein Erscheinen einstellen wird, die Gewerkschaftszeitung wesentlich erscheinen. Die Betriebsräteangelegenheiten werden in dieser neuen Zeitung weitestgehende Berücksichtigung finden. Die Gewerkschaftszeitung soll nicht nur unter den Gewerkschaftsfunktionären, wie das bei dem Korrespondenzblatt vorwiegend der Fall war, Verbreitung finden, sondern unter allen Gewerkschaftsmitgliedern. Wir wünschen dem neuen Blatt die weiteste Verbreitung.

Eine wichtige Entscheidung.

In vielen Betrieben stellen sich die Unternehmer noch immer auf den Standpunkt, daß die Betriebsvereinigungen durch den Streik aufgehoben seien und Neuwahlen vorgenommen werden müßten. Wichtig ist deshalb folgende Entscheidung des gesetzlichen Schlichtungsausschusses in Torgau, Altenteichen Sch. A. Nr. 184/23 vom 7. Dezember 1923:

1. Der Antrag auf Aufhebung des Verfahrens wird abgelehnt, weil es sich lediglich um die Erfüllung des Betriebsrates, also um eine Kollektivstreitigkeit, handelt.

2. Der Betriebsrat bei den Beutelscher Kohlenwerken ist als bestehend anzuerkennen.

Am 22. Oktober 1923 brach im Bezirk des Mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues ein Streik aus, über dessen Beendigung ein vom Reichsarbeitsminister eingesehter Schlichtungsausschuss am 31. Oktober 1923 entschieden hat. Danach war die Befreiung wieder einzustellen. Der Streik sollte nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gelten. Die Beutelscher Kohlenwerke haben nun am 24. Oktober wegen des Streiks die gesamte Belegschaft entlassen, die Wiederbeschäftigung abgelehnt und den Betriebsrat für aufgelöst erklärt. Sie bestreiten die Rechtmäßigkeit des für verbindlich erklärten Schlichtungsbeschlusses, auf den verzichtet wird. Der Betriebsrat hat beantragt, die Auflösung für unzulässig zu erklären. In der weiteren Begründung verweist der Schlichtungsausschuss auf die Befreiung des Arbeitsministers gemäß § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 28. Dezember 1918, die durch eine Entscheidung des Reichsgerichts, Band 155, 193, bestätigt wird. Zur Auflösung des Betriebsrates ist lediglich der Schlichtungsausschuss befugt. Ein derartiger Antrag gemäß § 20 BVO. sei nicht gestellt.

Bei Entlassungen

Wenn soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Durch die Verordnung vom 15. Oktober 1923 ist § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 aufgehoben worden, welcher die Arbeitgeber verpflichtete, bei Entlassungen das Lebens- und Dienstalter sowie den Familienstand des Arbeitnehmer dementsprechend, das Alter und eingetragenen Mädchen und diejenigen mit unterhaltsberechtigten Angehörigen möglichst in ihrer Arbeitsstelle zu belassen. Hierzu schreibt der Reichsarbeitsminister in einem Schreiben vom 18. November 1923, daß die Aufhebung dieses § 13 nicht etwa bedeuten sollte, daß der Grundprinzip derselben verlassen werden soll. Stattdessen habe er geglaubt, daß die Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse, wie in § 13 vorstehend, insofern so sehr zum allgemeinen anerkannten Grundsatz der Entlassungen geworden ist, daß er auch ohne die bestehende Bestimmung beachtet und in Betracht zu ziehen ist. § 14 Abs. 1 des BVO. ist ebenfalls aufgehoben worden (X 1807/23). Auch die in demselben noch enthaltenen Bestimmungen, welche nicht nur den Grundprinzip § 13 für die Entlassungen, die 1923 Arbeitnehmer aus beruflichen Gründen nach einem anderen Arbeitgeber zu übertragen, sondern auch § 14 Abs. 2 des BVO. für die Entlassungen aufgehoben sind, sind aufgehoben worden. Die Bestimmungen des BVO. sind durch die Verordnung vom 15. Oktober 1923 ersetzt worden. Die Bestimmungen des BVO. sind durch die Verordnung vom 15. Oktober 1923 ersetzt worden.

„Die Herrenhofsage!“

P&T Promenaden-Theater *Verlängert!* **Zirkus-Kind** mit Jackie Coogan  Beginn: 4, 6, 8 Uhr Jugendliche 4 Uhr ermäß. Preise.

Stadttheater.
Donnerstag abend 7 1/2 Uhr:
Die heilige Ente.
Freitag abend 7 1/2 Uhr:
Der und Zimmermann.
Sonntag abend 7 Uhr:
Lannhäuser.

Lobetheater.
Aufbau: Paul Barnay.
Tel.: R. 6774 und R. 6700.
Donnerstag, Freitag 7 1/2 Uhr:
„Die Freier“

Thalia-Theater
Ring 10/11
Heute und täglich:
Lumpaci varabundus
Hölle mit Gesang u. Tanz
nach Moszay.

Schauspielhaus.
Oper, Jendryke Tel. Ring 2045.
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Der Vizeadmiral.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Gün. Götthel Edith Karlo:
Der Günstling der Zarln.

Lieblich-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Karl Napp
Komiker
Tanzspiel
Arno Wolander, Nide Engel
Karl Braun
Komponistendarsteller
und 10 Attraktionen.

Wappenhol
Heute Donnerstag:
Ballverkehr!
Ab Mauritsplatz
Auto-Verkehr.

Luna-Park
Heute Donnerstag
Verkehrter Ball
Omnibus-Verkehr
ab Mauritsstrasse.
Säle für Festlichkeiten
noch zu vergeben.

Neu erschienen:
**Die Zukunft der
deutschen Volksgesundheit**
von Arthur Bergmann.
9,20 Goldmark.

Bestellungen werden von
der Expedition dieses Blattes
sowie von sämtlichen Kolpor-
teuren entgegengenommen.

Bitte bei allen Ein-
käufen stets die
Interenten
unserer Zeitung
zu berücksichtigen

Inventur-Verkauf

zu 129
unglaublich billigen
Preisen.
3
Beispiele:

Der gute schwarze
Frauen-Strumpf 0,95

Die große
Damen-Handtasche
echt Leder
3,95

Der
Rasier-Apparat
Messing versilbert
1,00

Julius Benjamin

Friedrich-Wilhelm-Str. 5
(Ecke Jahnstraße) 2 Minuten vom Königsplatz.

Beachten Sie meine Schaufenster!

Beachten Sie meine Schaufenster!

Nach beendeter Inventur
6 besonders billige Räumungstage
von Montag, den 7. bis Sonnabend, den 12. Januar
10% gewähre ich auf meine anerkannt billigen
Rabatt Preise, auf alle Waren ohne Aus-
nahme, Mengenabgabe vorbehalten.
Spezialhaus für Strumpfwaren, Trikotagen und Handschuhe
Gabitzstraße Nr. 28 (neben Postamt VII)

Oberschlesier!
Sonnabend, 12. Januar, im Schießwerder
Großer Faschingsball
maskiert und unmaskiert Anfang 7 Uhr
Es ladet ein
**Vereinigte Verbände
heimatfreuer Oberschlesier**
(E. V.) Bezirksgruppe Breslau-Nordwest
Kartenverkauf bei Herrn Joh. Mikosch, Heinrichstr. 19
bei Herrn Fr. Metzner, Frankfurter Straße 58, III

Circus
Straßburger
täglich 7 1/2 Uhr.
Neue
Sensationen
und
Internationale
Radrennen.
Es starten u. a.:
Rosellen, Weiß,
Schroter, Kuleta,
Ebert, Martin,
Herrlich,
sowie der Meisterfahrer
Deutschlands 1921
Paul Thomas Breslau.

Der Heiratsschwindler!
Für alle heiratslustigen Mädchen und
Frauen, die zum Opfer weltgewandter Be-
trüger wurden oder es noch werden können,
bringt die Tagespresse am Freitag eine
interessante Aufklärung. Direkte Anfragen
erbeten unter G. F. hauptpostlagernd. 187

Blumen vergehen,
Bücher bestehen!
Gute Geschenkliteratur
hält in reichster Auswahl
am Lager
Volkswacht - Buchhandlung
Modernes Antiquariat
Neue Graupenstraße 5

Sport-Arena
Jahrhundert-Halle
Morgen
Freitag, den 11. Januar, abds. 7 1/2 Uhr
**Große internat. Berufs-
Box-Kämpfe**
Steenhorst-Dressler
Mittelgewichtmeister von Holland.
Milens-Deiters
und andere
interessante Kämpfe.
Näheres siehe Anschlagstafeln.
Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

Gewerkschaftshaus
kleiner Saal
Sonnabend, 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
**Volkswissenschaftlicher
Lichtbildervortrag**
über
**„Abstammung
und Urzeit des Menschen“**
Referent: Rektor Hilbich, Schmiedeberg i. Rsp.
Eintritt: Vorverkauf 40, Abendkasse 60 Pf.

Unser **Inventur-Ausverkauf**
muß Aufsehen erregen!!!
Nur kurze Zeit!

Ein Posten Herrenhüte 1.95	Ein Posten Sportmützen für Herren und Knaben 0.95
Ein Posten Wollplüschhüte 3.75	Ein Posten Wintermützen für Herren u. Knaben m. Zughappe 1.75
Ein Posten Veilurhüte 5.85	Haarfilzhüte 6.50 Kapphüte 9.75
Ein Posten Ulsterhüte für Herren und Knaben 1.95	

Konfirmanden-Hüte spottbillig!
Bitte auf Firma und Ecke zu achten!

Hut-Centrale Schönfeld & Co. Schmiedebrücke 17/18
Ecke Kupferschmiedestr. Ecke
Filiale: Rohrauer Straße 45



Freitag und Sonnabend
2 preiswerte Fleischtage!

Schweinefleisch	Pfd.	1.15 Mk.
Rindfleisch	"	0.80 "
" ohne Knochen	"	1.00 "
Rindersteig	"	0.70 "
Knoblauchwurst	"	1.00 "
Leberwurst mit Speckstücken	"	0.80 "

Spezialität:
Hausmacher 1/4 Pfund 0.50 "
Bresl. Fleisch-Zentrale
Schmiedebrücke 21, I. Wostendstr. 68.
Rohrgrabenstraße 3, Lehmgrabenstraße 6.
Müllersstraße 137.
Neu eröffnet! **Höfchenstraße 22** Neu eröffnet!

Druckerei Volkswacht
Ausführung aller Drucksachen
Breslau 2 **Murstraße 4-6**